

Helga Hohnheit
Stellvertr. Fraktionsvors.

8. 12. 2010

**SPD-Kreistagsfraktion:
Soll ehrenamtliches Engagement abkassiert werden?**

Mit Verwunderung und Unverständnis nimmt die SPD-Kreistagsfraktion die Vorgehensweise der Kreisverwaltung in Zusammenhang mit den gestellten Fragen zum Notarztstandort Lütjenburg in der Einwohnerfragestunde des Sozialausschusses zu Kenntnis.

Wie so oft, gibt es im Nachgang von Ausschusssitzungen, nicht selten unterschiedliche Auffassungen von deren Abläufen. Richtig ist, dass der Sozialausschuss von sich aus eine Einwohnerfragestunde auf die Tagesordnung genommen hat, um den Bürgern aus der Region Lütjenburg die Gelegenheit zu geben, ihre Fragen zu der Auswertung der Saisonzahlen 2010 stellen zu können. Das war eine gute Entscheidung, denn über diese Fragestellungen wurde neben vielen offenen und relevanten Fragen auch offensichtlich, dass der Verwaltung bei der Auflistung ein nicht ganz unwesentlicher Rechenfehler unterlaufen ist. Da verständlicherweise nicht alle Fragen von der Verwaltung sofort beantwortet werden konnten, bat der Ausschussvorsitzende Norbert Maroses, die Fragen schriftlich an die Verwaltung zu richten. Im Protokoll der Sitzung ist nachzulesen, dass die Verwaltung gebeten wird, diese Fragen schriftlich zu beantworten und den Mitgliedern eine Durchschrift der Antworten zu kommen zu lassen.

Das war die Forderung der SPD-Mitglieder, denn nur nach Vorlage dieser Antworten kann eine abschließende Bewertung der Saisonzahlen 2010 des Notarztstandortes Lütjenburg erfolgen. Die Ausschussmitglieder stimmten zu und haben den entsprechenden Teilbeschluss verfasst.

„Damit ist der Fragenkatalog Bestandteil der nächsten Ausschussberatung und deckungsgleich mit dem Nachfragebedarf der Abgeordneten. Deshalb ist aus meiner Sicht die Anwendung des Gesetzes zur Regelung des Zuganges zu Informationen (IFG) nicht gegeben“, erklärt die stellv. Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit.

„Die Kreisverwaltung ist nicht gut beraten, in dieser Art und Weise mit dem berechtigten Anliegen des Aktionsbündnisses zu verfahren. Sollte die Verwaltung nach Studiums ihres eigenen Protokolls dieser Sitzung vom 03.11.2010 nicht von ihrer Auffassung abweichen, wird die SPD-Fraktion diesen Fragenkatalog übernehmen und um die Beantwortung der Fragen bitten. Erst durch das intensive Hinterfragen des Aktionsbündnisses zum Erhalt des Notarztstandortes Lütjenburg sind viele zusätzliche Bereiche beleuchtet worden, die für eine abschließende Festlegung von hoher Bedeutung sind. Diesem bürgerschaftlichem Engagement dürfen keine Steine in den Weg gelegt werden, das entspricht nicht unserem Demokratieverständnis, “ so Helga Hohnheit.